

Kurzmeldungen Juni 2008

EU-Ratspräsidentschaft

Frankreich hat vom 1.7.08 an die Ratspräsidentschaft in der EU inne. Bis Ende 2008 soll es eine Einigung auf das EU-Klimaschutzpaket geben. Frankreich möchte außerdem einen Strafzoll für Importe aus Ländern beschließen, die keinen Emissionshandel mit Treibhausgasen betreiben.

Bis Oktober soll ein „Europäischer Pakt für Migration und Asyl“ verabschiedet werden, mit dem der gemeinsame Grenzschutz, Abschiebung, legale Migration, Asyl, Kooperation mit den Herkunftsländern geregelt werden sollen.

Am 13. Juli will Frankreich mit einem großen Gipfel in Paris die neue Zusammenarbeit im Mittelmeerraum ausbauen. Auf Initiative Polens soll beim EU-Juni-Gipfel in Brüssel über eine entsprechende Kooperation im Osten beraten werden.

Frankreich strebt bis zum Jahresende die Vereinbarung von Grundzügen einer neuen EU-Agrarpolitik an. Die EU-Kommission dringt auf Subventionskürzungen, die Aufhebung von Stilllegeprämien und die Auflösung von Milchquoten.

Quelle: dpa 9.6.08

Seehofer will Tiermehlverbot lockern

Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) will das Verbot der Verfütterung von Tiermehl wegen der Preisexplosion bei Futtermitteln lockern. Das Bundesagrarministerium hatte die geplante Lockerung für das Futter von Schweinen und Geflügel bereits im März angekündigt.

Die Europäische Union (EU) ließ im April Ausnahmen für die Fütterung junger Wiederkäuer wie Rinder zu. Gerade bei jungen Rindern besteht die größte Gefahr der Infizierung. Die Verwendung von Tierfetten und Tiermehl im Futter wurde wegen der BSE-Krise im Jahr 2000 verboten. In Deutschland gibt es seit dem immer weniger Fälle der Rinderseuche.

Quelle: dpa, 6.5.08

Trinkwasserprobleme

Um die aktuelle Wasserkrise in Spanien in den Griff zu bekommen, beabsichtigen die spanischen Behörden, riesige Trinkwasservorräte aus anderen EU-Staaten nach Spanien zu transportieren. Der bislang geplante Schiffstransport und der dafür erforderliche Hafenausbau in Barcelona sollen etwa 74 Mio Euro verschlingen.

In den Mittelmeerländern werden 80% des Wassers durch die Landwirtschaft verbraucht. Dabei wird viel Wasser verschwendet. Ein Golfplatz für den Tourismus verschlingt soviel Wasser wie eine ganze Kleinstadt. Für die Toilettenspülung fallen 30% des Wasserverbrauchs in einem Haushalt an. Meerwasserentsalzungsanlagen und Wassertransporte sind sehr energieintensiv.

Statt Trinkwasser zu importieren müssen lokal angepasste Lösungen gesucht werden. Viel Wasser kann nur durch bessere und angepaßtere Methoden eingespart werden.

Die wachsenden Großstädte in der dritten Welt müssen in den kommenden Jahren einen

Großteil der Weltbevölkerung aufnehmen.

Quelle: WWF, sonnenseite.com 30.4.08, 22.5.08

Zyklon in Birma

Durch den Wirbelsturm in Birma sollen bis zu 100.000 Menschen ums Leben gekommen sein. Eine Ursache dafür liegt im Abholzen der Mangrovenwälder in Küstennähe in den letzten 30 Jahren, wie in Südindien und Indonesien. Sie mussten Garnelenfarmen oder Touristenhotels weichen oder auch Reisfeldern, die in Birma inzwischen bis zum Meer reichen. Diese Wälder nehmen den Stürmen zwei Drittel ihrer Kraft und schützen damit Mensch und Natur. Bereits ein etwa 200m breiter Mangrovengürtel an einer Küste nimmt einem Wirbelsturm seine stärkste Zerstörungskraft.

Quelle: Sonnenseite.com 10.5.08

Wälder in Europa

Die Wälder in Europa kompensieren derzeit rund 10% der europäischen CO₂-Emissionen und schwächen dadurch den Treibhauseffekt ab. Durch zu hohe Stickstoffeinträge die Wälder nimmt die Bodenversauerung zu. Kurzfristig kommt es dadurch zu verstärktem Zuwachs der Waldbäume. Dadurch wird verstärkt Kohlenstoff aus der Atmosphäre aufgenommen. Langfristig kann es zur Auswaschung wichtiger Nährelemente aus den Böden kommen. Mit dem Klimawandel nehmen aber auch die Waldschäden durch Stürme und Krankheitserreger zu.

Quelle: Thünen-Institut, sonnenseite.com 21.3.08

EU-Änderungsvertrag

Nachdem die EU-Verfassung im Jahre 2005 in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, wurde im Herbst 2007 erneut ein EU-Änderungsvertrag erarbeitet, der die wesentlichen Punkte der EU-Verfassung übernahm.

Der Bundestag hat mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit diesem EU-Reformvertrag zugestimmt. Von 573 Abgeordneten votierten 514 für den Vertrag und 58 dagegen. Im Bundesrat stimmten außer dem Land Berlin (das sich enthielt) alle Bundesländer für den Änderungsvertrag. In der einzigen EU-Volksabstimmung in Irland lehnte nun die Mehrheit der Iren den EU-Änderungsvertrag ab. Die ödp klagt gegen den Änderungsvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht.

Quelle: tagesschau.de, 24.4.08, 23.5.08, 13.6.08

neue EU-Agrarreform

Die EU plant eine neue Agrarreform. Dabei sollen den Großbetrieben die Subventionen, Milchquoten und Flächenstilllegungsprämien gestrichen werden. Auch die Subvention für Biokraftstoffe von 45 EUR/ha soll gestrichen werden. Die bei den Bauern eingesparten Gelder sollen für Programme zum Umweltschutz und zur sparsamen Wasserbewirtschaftung eingesetzt werden. Seehofer kündigte bereits Widerstand gegen diese Vorschläge an. Die EU gibt jährlich rund 50 Milliarden Euro für die Landwirtschaftspolitik aus (40% des EU-Haushalts).

Quelle: dpa und tagesschau.de 20.5.08

Subventionen

Das Hamburger Verwaltungsgericht entschied, daß der Zoll der Umweltorganisation Greenpeace die Namen der größten Empfänger von landwirtschaftlichen Subventionen nennen muss. Das Gericht stütze seine Entscheidung auf das Umweltinformationsgesetz, nach dem das Hauptzollamt Hamburg zu den Auskünften verpflichtet sei. Greenpeace begrüßte die Entscheidung und erklärte, wer öffentliche Gelder in Millionenhöhe in Anspruch nehme, müsse sich Transparenz gefallen lassen. (Az.: 13 K 1173/07)
Quelle: dpa 23.5.08

AWACS-Einsatz war verfassungswidrig

Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt in einem Urteil entschieden, daß die Beteiligung der Bundeswehr vor 5 Jahren an der Luftraumüberwachung der Türkei und des Iraks in AWACS-Flugzeugen der NATO unter der rot-grünen Regierung von Kanzler Schröder verfassungswidrig war. Die deutschen Luftwaffensoldaten stellten etwa ein Drittel der Besatzungen. Dafür wurde keine Genehmigung durch den Bundestag eingeholt.
Quelle: Freitag 16.5.08

Ölpreis

Der Ölpreis auf den Rohölmärkten stieg im ersten Halbjahr von 100\$/Barrel auf 130\$/Barrel. Damit erhöhte sich der Ölpreis gegenüber dem langjährigen mittleren inflationsbereinigten Preisniveau von 25\$/Barrel im Jahre 2003 auf den vierfachen Preis Ende 2007 und bis Mitte 2008 auf den fünffachen Preis.

Ursache ist die gestiegene Nachfrage in China und Indien bei etwa konstanter weltweiter Ölfördermenge. Die dadurch entstehende Knappheit löste die Preissteigerung aus. Wegen des erhöhten Eurokurses gegenüber dem Dollar fiel die Ölpreiserhöhung in Europa geringer als in den USA aus.

Der IEA-Chefökonom Fatih Birol warnt vor einem steilen Abfall der Fördermengen. Bis 2015 fehlen pro Tag 12,5 Mio Barrel Öl. Das sind rund 15% des Weltölbedarfs.

Nach Einschätzung des französischen Konzern Total stößt die weltweite Ölförderung schon bald an ihre Grenzen. Die Produktion werde deutlich geringer wachsen als von der Internationalen Energieagentur erwartet.

Die IEA erwartet einen Anstieg der täglichen Ölförderung von derzeit 87 Mio auf 116 Mio Barrel bis 2030. Laut Total dürfte sich die Produktion bis 2020 tatsächlich erhöhen, allerdings nur auf 95 Millionen Barrel. Dazu sollen unter anderem kanadische Ölsande beitragen, hinzu kämen außerdem 5 Mio Barrel Treibstoffe aus Gas- und Kohlesynthese. Total bestätigt damit erstmals die sogenannte Peak-Oil-Theorie. Demnach erreicht die Ölförderung eines Tages ihr Maximum, danach lässt sich die Produktion auch bei größten Anstrengungen nicht mehr weiter steigern.

Quellen: Internationale Politik 4/08, Spiegel online 3.6.08

Anstieg der Gaspreise um 40%

Das Bundesumweltministerium befürchtet für dieses Jahr einen dramatischen Anstieg der

Gaspreise. Über die bereits bekanntgewordenen 25% hinaus kann es im Herbst noch einmal eine Erhöhung des Gaspreises um bis zu 40% geben.

Eine Entkopplung der Erdgaspreise von den Ölpreisen ist unmöglich, da Abnehmer und Lieferanten langfristige Lieferverträge haben.

Quelle: dpa 8.6.08

Biodiesel

Seit Juli 2006 gibt es für zwei Jahre ein Moratorium, keine Urwaldflächen für den Sojaanbau zu roden. Dies ist aber unseriös, denn der Anbau darf auf ehemaligen Urwaldflächen stattfinden. Die Gewinnung von Biodiesel aus Soja fällt nicht unter diese Verpflichtung.

Daher werden für die neuen Plantagen in Argentinien große Urwaldgebiete gerodet. Der überwiegende Teil des argentinischen Soja-Biodiesels wird dann über die USA exportiert, wo er zu amerikanischem Biodiesel umdeklariert wird. Grund für dieses umstrittene Dreiecksgeschäft mit Soja-Diesel ist eine Gesetzeslücke bei der Vergabe von Agrarsubventionen in den USA.

Quelle: Greenpeace 3.4.08

EU-Umweltministerkonferenz

Die Umweltminister der 27 EU-Staaten trafen sich Anfang Juni in Luxemburg, um Maßnahmen für die Umsetzung der EU-Klimaschutzziele beraten. Die deutsche Autoindustrie und die Energieerzeuger haben dagegen mit massiver Lobbyarbeit reagiert.

Die EU-Kommission will ab 2012 den Autoherstellern vorschreiben, bei Neuwagen einen Kohlendioxid-Ausstoß von 120 g/km einzuhalten. Der Ausstoß von CO₂ durch große Limousinen liegt im Kilobereich. Die deutsche Autoindustrie fürchtete nun eine Benachteiligung mit ihren Oberklasse-Fahrzeugen im Vergleich zu französischen oder italienischen Kleinwagen-Herstellern. Der nun beschlossene Kompromiß weicht die Grenzwerte durch die Anrechnung von Ökoinnovationen auf. Der Zeitpunkt der Einführung der Grenzwerte wurde um weitere Jahre hinausgeschoben und die Höhe der Strafzahlungen wurden gesenkt.

Der EU-Ministerrat beschloß, daß Europas Energiekonzerne die Kontrolle über ihre Leitungsnetze behalten dürfen und weiterhin die Mehrheit in den Aufsichtsräten ihrer Netztöchter behalten. Eine nationale Aufsichtsbehörde kann aber Änderungen bei den Investitionen der Netzbetreiber und deren Finanzierung erzwingen. Wirtschaftsminister Glos sagte: „Die Keule der Enteignung ist vermieden worden.“

Die EU will die Reduzierung des Treibhausgases CO₂ um mindestens 20%, die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20% am Gesamtverbrauch und einen 10%-Anteil von Biosprit am Treibstoffverbrauch erreichen. Wie jedoch die Lasten bei der Erreichung der Klimaziele in der EU verteilt werden sollen, ist umstritten. Die östlichen EU-Mitglieder wollen die Zielwerte für weniger Kohlenstoffdioxid-Ausstoß nicht auf das Jahr 2005, sondern auf das Jahr 1990 zu berechnen, um die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes nach dem Zusammenbruch des Ostblocks mit einzubeziehen.

Unklar ist, wie verhindert werden kann, dass künftig energieintensive Unternehmen aus

der EU abwandern, um hohe Kosten für Verschmutzungsrechte zu vermeiden. Die Kriterien für die nachhaltige Produktion von Biosprit sollen genauer festgelegt werden.

Quelle: dpa 5-11.6.08

erstes Klimaschutzpaket

Zur Umsetzung der Meseberger Klimabeschlüsse haben Bundesregierung und Bundestag vier Gesetze mit Maßnahmen zur Zurückdrängung der Treibhausgase beschlossen. Deutschland habe bereits 20% der Senkung der Treibhausgase um 40% bis 2020 erreicht. Mit den Gesetzen sollen weitere 10% geschafft werden.

Der Anteil von Ökostrom am Energieverbrauch soll bis 2020 auf 30% verdoppelt werden. Die Windenergie an Land und auf See, kleine Wasserkraftwerke und Erdwärme-Anlagen sollen zukünftig stärker gefördert werden. Die Förderung von Solarstrom wird angesichts des schnell wachsenden Markts gesenkt, aber nicht so stark wie die CDU dies gefordert hat. Die Abwärme bei der Stromproduktion (KWK) soll sich bis 2020 auf rund ein Viertel verdoppeln.

Mit dem Wärmegesetz soll erneuerbare Energie zwangsweise bei Neubauten zum Zuge kommen. Für Neubauten in Baden-Württemberg gilt bereits seit April die Pflicht, ein Fünftel des Wärmebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken.

Im Klimapaket sind auch Bonuszahlungen für die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen (NaWaRo-Bonus) zur Stromerzeugung vorgesehen. In der verabschiedeten Novelle wird dieser Bonus bei der Stromerzeugung mit Palm- und Sojaöl an die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien gekoppelt. Bisher existieren keine solchen Kriterien. Eine gerechte und sauber kontrollierte Zertifizierung dieser Pflanzen existiert ebenfalls bisher nicht. Ohne einen Stopp dieser Vergütungen wird damit die klimaschädliche Abholzung und Brandrodung von Urwäldern für Plantagen über das EEG-Gesetz weiter gefördert.

Die Themen Energieeinsparung beim Heizen und die Erhöhung der Lkw-Maut wurden auf Mitte Juli in ein zweites Gesetzespaket verschoben. Die Heizungssanierung in bestehenden Bauten soll nur auf freiwilliger Basis und mit staatlichen Hilfen erfolgen. Die CDU lehnt die Umstellung der Kfz-Steuer von der Hubraumbasis auf die Besteuerung nach Kohlendioxid (CO₂) ab, die Besitzer von Altfahrzeugen belasten werden würde. Verkehrsminister Tiefensee scheiterte mit seinem Vorhaben, die neue Lkw-Maut in Abhängigkeit zur Fahrtlänge progressiv auszugestalten und damit Langstreckengütertransporte auf der Straße überproportional zu verteuern. Die CDU lehnte dies wegen der Benachteiligung der Bevölkerung im ländlichen Raum ab. Die SPD fordert sogar ein Tempolimit, eine Einschränkung der Steuerentlastung für Dienstwagen sowie eine Luxus-Abgabe für Fahrzeuge, Flugzeuge und Yachten mit hohem Kohlendioxid-Ausstoß.

Quelle: dpa, 3-8.6.08, Greenpeace 6.6.08

Kaltluftschneisen

Wissenschaftler rechnen im Zuge des Klimawandels mit einem überproportionalen Anstieg der Temperaturen in den Städten und fordern Kaltluftschneisen in den Städten.

Ohne nächtlichen Kaltluftzufluss wird sich das Stadtklima entscheidend verschlechtern.

Dafür müssen auch Gebäude abgerissen werden.

Quelle: dpa, 2.4.08

Schiffsemissionen

Die Seeschifffahrtsagentur der Vereinten Nationen (IMO) will den Schadstoffausstoß von Schiffen begrenzen. Bisher führen die meisten Schiffe auf den Meeren nicht nur mit Schweröl, das in keinem Land der Welt eingesetzt werden durfte, sondern auch noch spritsteuerfrei. So verursachen Schiffe 4.500-Mal mehr Schwefeldioxid als Lkws.

Doch bald sollen Frachtschiffe und Tanker ihre Motoren nicht mehr mit dem Abfall aus den Ölraffinerien betreiben dürfen. Die IMO einigte sich in London die Grenzwerte für den Schwefelanteil in den Treibstoffen deutlich zu senken. Bis 2012 soll der zulässige Schwefelgehalt von 4,5% auf 3,5% und bis 2020 auf 0,5% gesenkt werden.

In der Ost- und Nordsee muss die Emission von Schwefel bis 2015 sogar auf 0,1% reduziert werden.

Doch selbst am Ende der Übergangsperiode, so kritisieren Umweltschutzverbände, wird Schiffsdiesel noch immer 500mal so schmutzig sein wie der Diesel für Nutzfahrzeuge in den USA und in der EU.

Quelle: taz 7.4.08

Klimaschutz im US-Senat gescheitert

Im US-Senat ist ein weitreichender Gesetzentwurf zum Klimaschutz am Widerstand der Republikaner gescheitert. Die Vorlage sah eine verbindliche Reduzierung der Treibhausgase sowie ein System zum Emissionshandel vor. Auch wenn die Vorlage von Senat und Repräsentantenhaus gebilligt worden wäre, hätte sie US-Präsident George W. Bush mit seinem Veto zu Fall gebracht. Bush lehnt bindende Vorgaben zur Verringerung der klimaschädlichen Emissionen ab.

Quelle: dpa 6.6.08

Verhandlungen für einen neuen Klimavertrag

Die auf Bali im Dezember 2007 vereinbarten neuen Verhandlungen dauern bis Ende nächsten Jahres. Dann soll in Kopenhagen ein neuer Weltklimavertrag abgeschlossen werden. Er soll Reduktionsziele für die klimaschädigenden Treibhausgase nach 2012 festlegen. So weit reicht das 1997 verabschiedete Kyoto-Protokoll. Die EU will Reduktionen von 25 bis 40 Prozent unter das Niveau von 1990 bis 2020 durchsetzen. Die USA und Japan wollen keine nationalen Ziele festlegen.

Quelle: dpa 4.4.08

Anstieg der CO₂-Emissionen

Nach einer Studie der University of California in Berkeley steigen die Treibhausgas-Emissionen in China viel schneller an, als bisher angenommen. Chinas CO₂-Emissionen steigen von 2004 bis 2010 um mindestens 11% jährlich. Die IPCC-Berechnungen gingen nur von einem jährlichen Wachstum der Emissionen zwischen 2,5 und 5% aus. Für

Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien gibt es keine Emissionsbeschränkungen. China hat inzwischen die USA als größten CO₂-Emittenten überholt.

In den USA nahmen nach einer Studie des Environmental Integrity Project (EIP) die CO₂-Emissionen aus Kraftwerken im Jahre 2006 um 2,9% zu.

Quelle: sonnenseite.com 26.3.08

regionale CO₂-Messung im Weltraum

Umweltforscher der Uni Bremen können jetzt mit dem Umweltsatelliten Envisat auch erhöhte regionale CO₂-Konzentrationen messen, die vom Menschen verursacht werden. Danach befinden sich die höchsten Konzentrationen des Treibhausgases CO₂ über Europas Hauptballungsgebiet, welches sich von Amsterdam bis etwa Frankfurt erstreckt.

Quelle: sonnenseite.com 19.3.08

AKW-Haftung

Der Bundestag beschloß mit der Ratifizierung der Pariser Atomhaftungs-Protokolle von 2004 die Erhöhung der Haftung bei AKW-Unfällen auf 700 Mio Euro und für Atomtransporte steigt die Mindesthaftung auf 80 Mio Euro.

Quelle: dpa 5.6.08

Endlager Asse

Nach Angaben von Atomgegnern läuft in das umstrittene Atommüll-Lager Asse bei Wolfenbüttel radioaktive Lauge. Der Betreiber habe erstmals zugegeben, dass in 750 m Tiefe, wo große Mengen Atommüll lagern, mit Cäsium-137 radioaktiv belastete Flüssigkeit nachgewiesen worden sei, hieß es am Dienstag in Hannover. Die Ursache sei unklar. Die Stollen werden seit Jahren mit altem Salz verfüllt. Die verbleibenden Hohlräume sollen anschließend mit einer Spezialflüssigkeit geflutet werden, um Einstürze zu verhindern.

Quelle: dpa, 10.6.08

IRENA-Konferenz

Bislang fehlt eine internationale Einrichtung für erneuerbare Energien, die sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer einschließt. Im April fand eine Vorbereitungskonferenz für die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) statt. Diese Organisation soll die Rahmenbedingungen für die verstärkte Nutzung erneuerbare Energien verbessern und den Technologietransfer auf diesem Gebiet erleichtern.

Quelle: BMU, sonnenseite.com 15.4.08

Energiesparpotential Gebäude

Jährlich werden 236 Mio t Kohlendioxid (CO₂) bei der Beheizung von Gebäuden abgegeben. Das sei ein Viertel der Gesamtemissionen. Davon lassen sich 50 Mio t

jährlich über modernere Heizungs- und Klima-Anlagen, Wärmedämmung und Wärmerückgewinnung eingesparen. Dafür wären Investitionen in Höhe von rund 200 Mrd Euro nötig. In Deutschland seien nur etwa 20% der Gebäude umwelttechnisch auf dem neuesten Stand.

Das IdW rechnete vor, dass sich bei einer 100m²-Wohnung die Jahreswärmekosten um 800 Euro im Jahr reduzieren lassen, zugleich aber die Kaltmiete im Jahr auch um 1000 bis 2000 Euro steigen könne. Mit den Fördermitteln für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wurden pro Jahr bislang nur 77 000 Wohnungen entsprechend saniert. Das sind 0,2% des Bestandes.

Quelle: dpa 19.5.08

Bienenvölkersterben

Das Julius Kühn-Institut wies die Vergiftung der Bienenvölker durch Abrieb des Wirkstoffs Clothianidin von impräniertem Maissaatgut nach. Damit lässt sich das Sterben vieler Bienenvölker auf die langfristige Wirkung von Pestiziden zurückführen.

In Frankreich hat man den Wirkstoff Gaucho in etwa 25% der Honigbienen, in etwa einem Drittel des Honigs und in der Hälfte des Pollens nachgewiesen. Ein Drittel der Bienenvölker in Frankreich ist in den letzten 5 Jahren gestorben.

Hinzu kommen Pollenvergiftungen der Bienenbrut durch genveränderte Pflanzen.

Quelle: Umweltbund, Julius Kühn-Institut 9.5.08

EU knickt vor WTO ein

Die EU hat jetzt das österreichischen Gentechnik-Importverbot für Gen-Mais Mon 810 von Monsanto und T25 von Bayer nach mehreren Anläufen der EU-Kommission gekippt. Die Anbauverbote bleiben jedoch unverändert bestehen. Ab Juni hätten die USA vor der WTO Handelssanktionen gegen die EU verhängen können.

Am umstrittenen Zulassungsmechanismus der gentechnisch veränderten Organismen auf Basis der stets positiven Gutachten der EFSA (EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde) will die Kommission in absehbarer Zeit nichts ändern.

Die Zulassung der antibiotikaresistenten BASF-Industriekartoffel Amflora und die Genmaissorten Bt-11 und 1507 wird von Umweltkommissar Dimas weiterhin blockiert.

Deshalb fordert Seehofer die Beschleunigung der Zulassung der GVO in der EU.

Quelle: Wienerzeitung 7.5.08

Chimärenforschung in Großbritannien

Britische Forscher haben zum ersten Mal Embryonen aus menschlichem Erbgut und Eizellen von Tieren geschaffen. Die Embryonen aus menschlicher DNA, die aus Hautzellen gewonnen wurde, und Eizellen von Kühen seien nach drei Tagen zerstört worden. Die Wissenschaftler wollen feststellen, ob sich Chimären-Stammzellen für die Behandlung schwerer Krankheiten eignen.

Quelle: dpa 2.4.08

Nachbesserungen beim BKA-Gesetz erforderlich

Nachdem die Bundesregierung das BKA-Gesetz beschlossen hat fordert der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar fordert Nachbesserungen. Es gebe erhebliche datenschutzrechtlichen Bedenken.

Peter Schaar: "Wir brauchen eine neue Datenschutzkultur. Die Regelungen insbesondere zum Großen Lauschangriff, zur Telekommunikationsüberwachung, zur Rasterfahndung, zur Online-Durchsuchung, zur automatischen Auswertung von Kfz-Kennzeichen und zur Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten haben die verfassungsrechtlich zwingende Balance zwischen Sicherheitsbefugnissen der staatlichen Behörden und persönlicher Freiheit der Bürgerinnen und Bürger missachtet."

Quelle: silicon.de 7.4.08, bfdi.bund.de 4.6.08

Überwachungsskandale in der Wirtschaft

Große Konzerne, wie Telekom, Bahn, Daimler, SAP, Lufthansa, Wal Mart oder HP haben mit Wirtschaftsdetekteien zusammengearbeitet, um die eigenen Mitarbeiter zu überwachen. Diese Detekteien haben dabei ohne Notwendigkeit hunderttausende Verbindungsdaten ausgewertet.

Quelle: tagesschau.de 31.5., 2.6.08

Bahn-Börsengang

Die Deutsche Bahn AG wird, nachdem der Bundestag zustimmte, im Herbst teilweise an die Börse gehen. Dazu werden die Bereiche Personen- und Frachtverkehr sowie die LKW-Spedition zu der neuen Gesellschaft DB Mobility Logistics AG zusammengefasst. Diese repräsentiert mehr als 90% des Konzernumsatzes und vereinigt etwa 170 000 der 237 000 Mitarbeiter auf sich. Sie wird dann zu 24,9% an die Börse gebracht.

Schiennetz und Bahnhöfe dagegen sollen komplett im Besitz der Bahn und damit des Bundes bleiben.

Der bisherige Transnet-Gewerkschaftschef Hansen wurde zum Arbeitsdirektor ernannt. Der Wechsel Hansens, bringt ihm die Verzehnfachung seines Gehalts. Transnet hatte unter Führung des SPD-Mitglieds Hansen als einzige Gewerkschaft im DGB den Privatisierungskurs der Deutschen Bahn unterstützt.

70% der Bürger lehnen nach einer repräsentativen Emnid-Studie jede Kapitalprivatisierung der Bahn ab und wollen eine Bahn in öffentlicher Hand.

Quelle: tagesschau.de, 15.5.08

EU-Freizügigkeit für Osteuropäer erst ab 2011

Die Bundesregierung will den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Bürger aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten für zwei weitere Jahre blockieren. Damit tritt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht nach dem Auslaufen der jetzigen Regelung im Jahr 2009, sondern erst 2011 in Kraft.

Quelle: FAZ 25.4.08

